



# VORWÄRTS



## sozialistische zeitung

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen LinksPartei [SLP]

erscheint seit 1983

Nummer 165

Juni 2007

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

### Österreich



#### VfGH bestätigt anti-faschistische Arbeit

Der Verfassungsgerichtshof stellte fest, dass Demonstrationen untersagt werden müssen, wenn die Gefahr besteht, dass dort NS-Wiederbetätigung stattfindet. In Oberösterreich hatten die Behörden eine solche Demonstration zugelassen und die Gegenkundgebungen der SLP untersagt.

SEITE 2

### Betrieb & Gewerkschaft



#### Gemeinsam gegen Sozialraub!

Am 19. Mai fand in Wien eine Konferenz von GewerkschafterInnen statt, auf der über gemeinsame kämpferische Strategien beraten wurde. Ergebnisse auf

SEITE 3

### Schwerpunkt



#### Arbeitszeit / Lebenszeit

Die Forderung nach der Verkürzung der täglichen, wöchentlichen und jährlichen Arbeitszeit ist so alt, wie die ArbeiterInnenbewegung selbst. VORWÄRTS geht der Frage nach, wie aktuell diese Forderung heute ist. Seiten 4/5

### Internationales

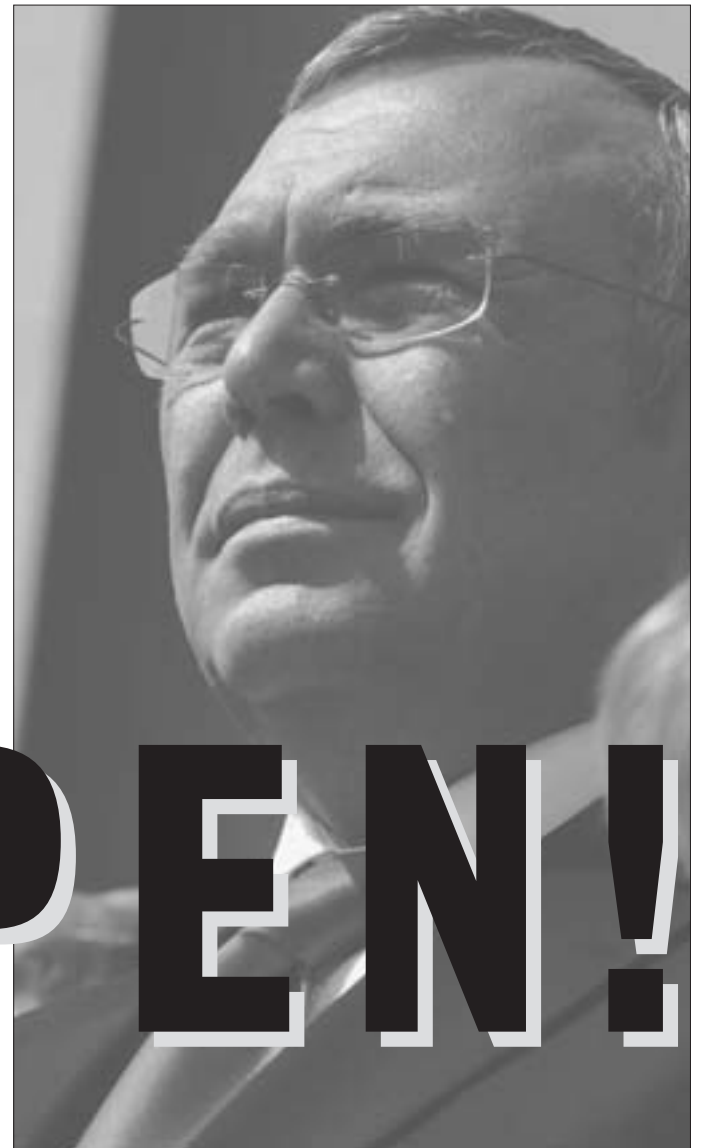


#### Nigeria: Wahlbetrug von USA & EU anerkannt

Während die Regierungen der USA und der Europäischen Union sich beeilten, den neuen Präsidenten und damit den Wahlbetrug anzuerkennen, kämpfen SozialistInnen weiter für einen sozialistischen Ausweg aus der Krise. SEITE 7

## Gusenbauer verhöhnt ArbeitnehmerInnen!

# Sozialraub STOPPEN!



von John Evers, SLP-Wien

Der Regierung fallen dazu nur neoliberale Konzepte, wie Steuergeschenke an die Reichen ein. Ein Musterbeispiel dafür stellt jenes - auch von der ÖVP hämisch bejubelte - Interview dar, welches der Bundeskanzler am 11.5.2007 für das rechte deutsche Boulevard-Blatt "Bild-Zeitung" gab. Die dort erhobenen Behauptungen und Ansagen sollen allerdings nicht unwidersprochen bleiben.

#### Die neoliberalen Phantasien des Alfred G.

##### Teil 1: Weniger Steuern für Reiche bringen mehr Geld

Alfred Gusenbauer tischte in der "Bild" einige typische Behauptungen der neoliberalen Propaganda auf. Ein zentrales Element stellte dabei die seltsame Annahme dar, dass Steuersenkungen für die Reichen insgesamt zu Mehreinnahmen führen würden. Gusenbauer dazu im O-Ton: "Steuern runter macht Österreich munter - und sicher auch Deutschland. Es gibt sogar Beispiele dafür, dass die Senkung von Steuern zu höheren Steuereinnahmen führt. Wir haben in Österreich zum Beispiel die Körperschaftssteuer gesenkt, und die Einnahmen sind gestiegen." Wir meinen: Tatsächlich sind freilich die Einnahmen in diesem Bereich - wie bei anderen

Steuern auch - aufgrund der vergleichsweise guten Konjunktorentwicklung bisher höher gewesen, als im Vergleichszeitraum 2006 (Vgl.: Der Standard, 20.4.2007). Langfristig wird durch die Politik, die Gusenbauer vertritt, allerdings - und logischerweise - v.a. die Steuerkluft zwischen "Oben" und "Unten" immer größer. Bereits zwischen 1992 und 2005 wuchsen die Einnahmen aus Lohnsteuern um 68 Prozent, die aus Unternehmenssteuern um lediglich 9 Prozent. Während in der EU die Gewinnsteuern 8,6 Prozent des Gesamtsteueraufkommens ausmachen, sind es in Österreich gerade einmal die Hälfte (4,7%). Doch, dass Österreich ein internationales Steuerparadies für Reiche ist, scheint dem Kanzler gar nicht zu stören ...

##### Teil 2: Internationaler Steuerwettlauf ist gut

Gusenbauer brach in der Bildzeitung ebenso eine Lanze für den internationalen Steuer- und Standort-Wettbewerb, der immer stärker zu Lasten der ArbeitnehmerInnen geht: "Wir wollen, dass der Grenzüberschreitungssteuersatz bei uns absinkt. Er ist viel zu hoch! Wir sind bei 42 Prozent! ... Tatsache ist, dass es von Mitte 2008 an in Österreich keine Erbschaftssteuer mehr gibt. Ich bitte Sie, das möglichst breit zu publizieren! (lacht) ..." Der Effekt dieser

Ansätze liegt auf der Hand: Auch Deutschland diskutiert weitere Steuersenkungen für die Reichen, insbesondere bei der Erbschaftssteuer. Die daraus resultierenden Ausfälle müssen "Wir" - also sowohl ArbeitnehmerInnen in Österreich, wie Deutschland (...) - nicht nur durch Leistungskürzungen bezahlen. Überall wo es zu solchen "Entlastungen" kam, sind langfristig im Gegenzug Massensteuern (Umsatz-, bzw. Mehrwertsteuern) und Abgaben erhöht worden. Neben Deutschland - wo eine solche Erhöhung heuer zum Tragen kam - ist dafür z.B. die Slowakei ein Musterbeispiel. Dieser EU-Vorzeigestaat in Sachen neoliberaler (Steuer-)Reformpolitik senkte mit der Einführung der "Flat-Tax" massiv die Unternehmersteuern, während die Mehrwertsteuern um mehrere Prozentpunkte angehoben wurden.

##### Teil 3: ArbeitnehmerInnen lassen sich in Österreich alles gefallen

Schlussendlich verhöhnt(e) Alfred Gusenbauer noch ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften in Österreich, wenn er meinte "ein Punkt, der in Österreich vieles wesentlich leichter macht, ist die Zusammenarbeit von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften. Die Zusammen-

arbeit ist eine wahre Freude. Die sind einfach vernünftig. Es ist schon ein Unterschied, ob ich als Regierung Sozialpartner habe, mit denen man gemeinsame Ziele vereinbaren kann, oder ob ich Partner habe, die miteinander diskutieren wie vor 30 Jahren. Dadurch entstehen Reibungsverluste, die für ein Land nicht günstig sind." Tatsächlich haben ArbeitnehmerInnen in den letzten Jahren mehrfach bewiesen, dass sie keineswegs bereit sind, diese Form der "Zusammenarbeit" zu akzeptieren, die in Wahrheit nur mehr Verschlechterungen bedeutet. Von den Streiks 2003 gegen den Pensionsraub bis zu den jüngsten Turbulenzen bei der AUA führt inzwischen ein roter Faden des Widerstandes gegen den Sozialabbau. Womit Gusenbauer allerdings (leider) recht hat, ist der Umstand, dass die Gewerkschaftsführung - trotz ÖGB-Krise - diese Zeichen der Zeit noch immer nicht erkannt hat und weiter faule Kompromisse aushandelt. Das gilt gerade für diese Regierung. Das jüngste Beispiel betrifft hier etwa die Verlängerung der Arbeitszeit (Siehe S. 4+5 dieser Ausgabe). Wir meinen: Gegenwehr gerade auch gegen diese SPÖ/ÖVP-Angriffe ist notwendig; aber auch (sozialistische) Alternativen zu Gusi&Co. Denn egal ob rosa, grün, orange, schwarz oder blau - drinnen steckt Sozialabbau.



## Der Standpunkt

Angebot,  
Nachfrage und  
Komasaufen

von Sonja Grusch



Die Wirtschaft, so lernen wir, wird bestimmt von Angebot und Nachfrage. Die Debatte über das "Komasaufen" zeigt eine besonders perverse Form davon. Natürlich gabs auch früher das Saufen bis zur Besinnungslosigkeit: Da wurde "vorgeglüht", um gerüstet zu sein für's "Kampfrinken". Manchmal soff man sich jemanden "schön" und zum Abschied gabs ein "Fluchtachterl". Trotzdem darf die jüngste Welle von Komasaufen nicht verharmlost werden. Drogenmissbrauch – und um nichts anderes geht's beim Komasaufen – ist eine durchaus konjunkturelle Sache.

Einerseits geht's um die Nachfrage nach der Arbeitskraft von Jugendlichen. Die tatsächliche Jugendarbeitslosigkeit steigt stetig, daran ändern auch die diversen Sonntagsreden der PolitikerInnen nichts. Zukunftsangst und Perspektivlosigkeit sind zentrale Gefühle unter Jugendlichen. Angesichts eines oft fehlenden Widerstandes dagegen, werden die Ohnmachtsgefühle ("Ich finde keine Job, ich bin nichts wert, ich hab keine Chance, ich habe keine Zukunft") dann von vielen in Alkohol ertränkt. Dem gegenüber steht das "Angebot" von – manche nennen sie "geschäftstüchtigen" andere "skrupellosen" – Wirten, die mit Saufangeboten den Vollrausch fördern. Da ist es für Jugendliche oft billiger, den Abend mit Alkohol zu verbringen, als mit Anti-Alk.

Die andiskutierten Verbote zeigen die Ohnmacht und Widersprüchlichkeit des Systems. Wer Alkohol will, bekommt ihn auch. Und warum sind Jugendliche zwar alt genug, um z.B. im Gastgewerbe bis 23 Uhr arbeiten zu "dürfen" aber zu jung, um über ihren Alkoholkonsum selbst zu entscheiden? Warum ist es nach wie vor legal, für die Volksdroge Nr. 1 zu werben? Warum sind alkoholische Getränke in Lokalen fast ausnahmslos billiger als antialkoholische?

Wenn Menschen die Arbeitswoche nur mit der Perspektive auf ein Besäufnis am Wochenende überstehen, dann sagt das etwas darüber aus, was der Mensch im Kapitalismus ist: nur eine Ware. Und wenn Jugendliche sich ihre Zukunftszugangspunkte wegzusaufen versuchen, zeigt das, dass der Kapitalismus für sie keine Zukunft bietet. Es braucht ein Angebot an Widerstand gegen diese Missstände, um die Nachfrage nach Zukunft befriedigen zu können!

## Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733



## Anti-Nazi-Arbeit der SLP bestätigt!

SLP-Büro Wien

Verfassungsgericht entscheidet, dass politische Demonstrationen bei Gefahr von nationalsozialistischer Wiederbetätigung von den Behörden untersagt werden müssen.

Die SLP mobilisiert seit längerem gegen die Aktivitäten des neonazistischen BFJ. Dieser versucht – ausgehend von Oberösterreich – eine gefährliche Neonazi-Kaderorganisation aufzubauen. Im Zuge dessen kam es am 18. März 2006 in Ried im Innkreis zum seit langem größten Naziaufmarsch in Österreich. Die Behörden griffen nicht ein. Als der BFJ für 27. Mai 2006 erneut zu einer Demonstration in Ried aufrief, startete die SLP eine Mobilisierung dagegen. Was taten die Behörden? Sie untersagten zwar korrekterweise die Kundgebung des BFJ, auf der mit rassistischer und neonazistischer Propaganda zu rechnen war. Gleichzeitig versuchten sie, die antifaschistische Kundgebung der SLP ebenso zu verbieten. Rassistische und neonazistische

Hetze wurde von den Rieder Behörden skandalöser Weise mit antifaschistischer Arbeit gleichgesetzt. Vor Ort durften die BFJler dann zwar ungehindert durch Ried marschieren, aber zwei AktivistInnen der SLP wurden von der Rieder Polizei festgenommen, als sie versuchten, diesen rechten Aufmarsch zu stoppen. Soviel zum Antifaschismus der Rieder Behörden.

## Juristisches Nachspiel

Den Einsprüchen der SLP gegen die Untersagung der Kundgebungen mussten die Behörden in Folge stattgeben. Auch die Anzeigen gegen die festgenommenen AntifaschistInnen mussten fallen gelassen werden. Ein Bescheid des Verfassungsgerichtshofes vom 16. März 2007 zeigt, WIE falsch sich die Rieder Behörden verhalten haben – und

wie sie künftig zu agieren haben. Der Verfassungsgerichtshof stellte fest "Politische Demonstrationen müssen bei Gefahr von NS-Wiederbetätigung von den Behörden untersagt werden" (<http://www.vfgh.gv.at/cms/vfgh-site/entscheid.html?periode=this>).

Der Verfassungsgerichtshof weist darauf hin, dass es bereits bei der Demonstration am 18. März 06 zur Verwendung von "Schlagworten nationalsozialistischer Prägung" gekommen war. Vor dem Hintergrund, dass zur Zeit drei BFJ-AktivistInnen wegen des Verdachtes auf nationalsozialistische Wiederbetätigung in Untersuchungshaft sind, macht das deutlich, wo diese Organisation und ihre AktivistInnen politisch stehen.

## Urteil gut - Aktivität besser

Natürlich freut es uns, wenn

Gerichte und selbst Behörden einsehen müssen, dass es nötig ist, gegen die rechte Gefahr vorzugehen. Die Untersagung der BFJ-Demonstration am 27. Mai 2006 hätte es nicht gegeben, wenn die SLP nicht zu einer antifaschistischen Gegenkundgebung aufgerufen hätte. Und das war die Grundlage, auf der der Verfassungsgerichtshof überhaupt erst sein Urteil gefällt hat. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass es nicht reicht, sich darauf zu verlassen, dass Polizei und Gerichte die Nazis einbremsen und bekämpfen. Erfahrungen mit rassistischen PolizistInnen, mit der Untersagung antifaschistischer Aktivitäten, mit dem Wegschauen der Behörden bei rechtsextremen und neonazistischen Aktivitäten machen deutlich, dass wir uns auf sie nicht verlassen können. Gerade jetzt gilt es aktiv zu werden. ▶ Siehe auch S. 8.

## "Sauberer Sport" funktioniert im Kapitalismus nicht

Skandal im Österreichischen Schiverband - Jagd nach Rekorden immer perverser!



"Unter Doping versteht man den Besitz, den Handel, die Anwendung und den Versuch der Anwendung unerlaubter medizinischer Methoden, oder verbotener Substanzen im kommerzialisierten Hochleistungssport" (<http://de.wikipedia.org/wiki/Doping>)

"Wahr ist vielmehr, dass Leistungssport Geschäft ist - und zwar ein ganz brutales Geschäft. Vom einzelnen Sportler über die Sponsoren, und die Ausrüster (Stichwort: Schiindustrie) bis zur Tourismusbranche als ganzes gilt: Erfolg und Misserfolg von Sportlern entscheiden über Millionengewinn oder spektakuläre Pleiten." (Vorarlberger Nachrichten, 25.5.2007)



von John Evers, SLP Wien

Auch nach der Sperre von 13 Betreuern und der Strafzahlung von einer Million Dollar ist keineswegs alles in Ordnung. Tatsächlich ging es nur darum ein viel größeres Geschäft vielleicht doch noch zu retten; gemeint ist die Bewerbung Salzburgs für die Olympiade 2014. Die wesentliche Frage, nämlich dass der immer stärker kommerzialisierte Hochleistungssport - der Einsatz von Sponsoring, die Vermarktung der SportlerInnen (...) - Doping bedingt, bleibt weiter offen. Darüber hinaus gilt es auch eine weitere Facette nicht zu übersehen:

Auch im Breiten-"Sport", der immer stärker von bestimmten Schönheits- und Leistungsidealien der Werbung geprägt ist und selbst unter Jugendlichen, nimmt der Handel mit den entsprechenden Substanzen (Anabolika) stetig zu.

## Jeder zweite SpitzensportlerInnen betroffen

Doping ist keinesfalls ein Randphänomen wie lediglich 1,8 Prozent positive Dopingtests glauben machen könnten. Eine Studie in Deutschland, bei der SportlerInnen anonym befragt wurden, hat ergeben, dass praktisch jede/r Zweite in seiner Laufbahn von Doping

betroffen ist. Der belgische Ratprofi Merckx weist auf die ökonomische Dimension des Problems hin: "Doping zahlt sich aus. Die Medien bekommen ihr Publikum, die Laboratorien und die chemische Industrie machen damit Profit und PR. Diejenigen, die in Dopingkontrollen investieren, wollen ein profitables Geschäft." Zu Recht beschreibt der deutsche Nachrichtensender NTV die "Dopingspirale" als regelrechten Wettlauf im Rahmen der Pharmakonzerne zwischen neuen Dopingmethoden und der Entwicklung der entsprechenden Verfahren um diese nachweisen zu können. Kassiert wird also zwei Mal.

## Schärfere Kontrollen und Sanktionen – (k)eine Lösung?

Sollte Salzburg doch noch den Zuschlag für 2014 bekommen, sind dafür Kosten von 920 Millionen bis 1,2 Milliarden Euro veranschlagt. Geld, das über öffentliche Aufträge jenen zufließt, die "großzügig" als private Sponsoren auftreten; sich also z.B. SpitzensportlerInnen, möglichst aber "SiegerInnen" als WerbeträgerInnen mieten. Demgegenüber stellt nun der ÖSV - noch dazu nicht freiwillig - nur eine Million Dollar zur Dopingbekämpfung zur Verfügung. Bereits dieses Ungleichgewicht zeigt auf, um wie viel Geld es geht. Die Di-

mensionen sind v.a. ein Hinweis darauf, wie stark der Antriebe zu neuen "Höchstleistungen" und Dopingverstößen ist. Eine konsequente Bekämpfung des Dopings bedeutet tatsächlich einen ökonomischen und ideologischen Bruch mit dem kapitalistischen Hochleistungssport. Letztlich stehen Sponsoring bzw. Vermarktung und Gesundheit bzw. Spaß (dazu ist Sport ja eigentlich da) in diametralem Gegensatz. Schärfere Sanktionen und Kontrollen für die "Sünder" bewirken nichts, wenn wir nicht diese grundsätzliche Unvereinbarkeit von Profit und Sport erkennen und deren Trennung konsequent durchsetzen.



Die frühe ArbeiterInnen-Sportbewegung kannte weder Profitgier noch Doping.



# Löhne rauf! Preise runter!

Warum die österreichweite Konferenz von kämpferischen und demokratischen BetriebsrätInnen am 19. Mai notwendig war.

von Herbert Wanko, Betriebsrat (GMTN)

In den letzten Monaten war von PolitikerInnen aller Parteien, von ArbeitnehmerInnen-VertreterInnen des ÖGB und der AK, sowie von Wirtschaftsfachleuten immer wieder zu hören und zu lesen, dass sich das gute Wirtschaftswachstum nun auch in den Lohnerhöhungen bemerkbar machen würde.

## Verschlechterungen bei Niedrigeinkommen

Die Statistiken zeigen seit Jahren, dass die Reallöhne stagnieren. In manchen Bereichen - bezeichnender Weise bei denen, die ohnehin die geringsten Löhne haben - sind sie sogar rückläufig. (Vgl.: Wirtschaft und Gesellschaft 1/2007). So wie es ja auch bei den Pensionen der Fall ist: Die Arbeiterkammer hat errechnet, dass jemand mit einer Bruttopension von 700 Euro im Jahr 2006 gegenüber dem Jahr 2000 einen realen Nettoverlust von 44,41 Euro pro Monat hinnehmen musste! ([www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)).

## Zuwächse bei Gewinnen und ManagerInnengehältern

Im Gegensatz dazu haben sich die Unternehmensgewinne von 1992-2005 fast verdoppelt. Zusätzlich gab es ein Steuerzuckerl nach dem anderen für UnternehmerInnen und die Abkassierer. (Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Stiftungsrecht, um nur einige zu nen-

nen.) Im Jahr 2000 betrug das durchschnittliche Einkommen der SpitzenmanagerInnen das 20-fache dessen was ArbeitnehmerInnen verdienen. 2005 war es schon das 35-fache.

## 2,7 % mehr Lohn ist lächerlich

Wenn ich die Meldungen der SpitzenfunktionärInnen von ÖGB und AK lese oder höre, wird mir mittlerweile schon schlecht dabei. Seit Monaten sagen sie annähernd dasselbe, doch folgen diesen Worten keine Taten. So meinte im April zum Beispiel der stellvertretende Bundesgeschäftsführer der GPA-DJP Karl Proyer als Angestellten-Verhandlungsführer zur KV-Verhandlung der Elektro- und Elektronikindustrie: "Wir schauen mit einem Auge nach Deutschland, dort haben sie gute Abschlüsse." Kurz danach peitschten "unsere" VertreterInnen die KV-Verhandlung in der zweiten Runde durch und bescherten uns eine "fette" Lohnerhöhung von 2,7 % - während in Deutschland zur gleichen Zeit die ersten Warnstreiks stattfanden um deren Lohnforderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Ich hätte nicht gedacht, dass Kollege Proyer auf dem einen Auge so schlecht sieht. Das nächste Mal sollte er es mit dem anderen versuchen.

## Nimmt sich die Gewerkschaftsführung ernst?

Ingesamt drängt sich natürlich die Frage auf, ob solche Meldungen überhaupt ernst



Konferenz, 19. Mai 2007. Oben links: Michael Gehmacher, SLP-Gewerkschaftssprecher, Oben rechts: Hermann Dworschak, Initiative für einen kämpferischen & demokratischen ÖGB. Unten: Barbara Blaha, ehem. ÖH-Vorsitzende



gemeint sind - und die GewerkschaftsführerInnen dann bei den Verhandlungen zu unfähig sind mehr herauszuholen. Oder ob sie uns damit nur ruhig halten wollen, um uns danach wie üblich vor vollendete Tatsachen zu stellen und die diversen KV-Abschlüsse auch noch als Erfolg zu präsentieren. Jedenfalls bekommen wir auf diese Art und Weise nicht das versprochene Stück vom Kuchen, sondern wir müssen uns um die Krümel bücken, die unter den Tisch gefallen sind. ÖGB und AK haben auch sonst keine ernstzunehmenden Vorschläge, wie es zu einer Umverteilung von oben nach unten kommen kann.

## Neue Arbeitszeitregelung: Verschlechterung für Beschäftigte

Die Gewerkschaft, in deren Programm seit über zwanzig

Jahren die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden steht, fällt uns noch dazu in den Rücken. Nicht nur, dass die Führung diese Forderung nie erwähnt, praktizieren sie das Gegenteil, indem sie mit der neuen Arbeitszeitregelung von bis zu 60 Wochenstunden ohne Überstundenzuschläge auch noch versuchen, uns die letzten Krümel vorzuenthalten. Die gleichzeitig beschlossenen Mehrarbeitszuschläge für Teilzeitbeschäftigte in der Höhe von 25 % sind für die Betroffenen natürlich sehr wichtig, aber nur ein Tropfen auf einem heißen Stein und zudem in der Praxis kaum durchsetzbar. Doch wenn wir Erfolge haben wollen, dann müssen wir klare unmissverständlich Forderungen formulieren. Nicht so, wie es bei den KV-Verhandlungen geschieht, indem lediglich "Er-

höhungen" gefordert werden. Wir dürfen von diesen nicht abrücken und müssen bereit sein, dafür zu kämpfen und diese Bereitschaft auch zeigen. Dazu ist es notwendig, dass alle, die unzufrieden sind, gemeinsam den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung aufnehmen. Erste Schritte dafür wurden schon mit der vor kurzem stattgefundenen Linken GewerkschafterInnen-Konferenz gesetzt ...

► Siehe auch Bericht auf Seite 5.

Ausführliche Protokolle von der Konferenz auf [www.gewerkschaftsplattform.org](http://www.gewerkschaftsplattform.org)

## TERMIN

Montag, 16. 6. '07, 18 Uhr

VERANSTALTUNG  
DAS ARBEITSZEIT-FLEXIBILISIERUNGSPROGRAMM DER UNTERNEHMEN  
in Linz, Alte Welt, Hauptplatz 4

## GPF-Gewerkschaftstag nimmt Antrag der Opposition im ÖGB an

Am 22. und 23. Mai tagte der 16. ordentliche Gewerkschaftstag der GPF - der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebiensten, die sich nun auch die "Kommunikationsgewerkschaft" nennt.

## Wer darf reden - und wer nicht?

Bei der Eröffnung am 22. Mai waren viele Ehrengäste anwesend - v.a. GewerkschafterInnen aus den Nachbarländern. Einige KollegInnen fanden es dann doch seltsam, dass gerade der Postvorstand herzlich begrüßt wurde - immerhin ist der Vorstand verantwortlich für Verschlechterungen bei den Postbeschäftigten! Komisch auch, dass trotz der Konflikte bei der deutschen Telekom die deutschen Kollegen nicht zu Wort kamen. Insgesamt kam die "Kommunikation" in der "Kommunikationsgewerkschaft" etwas zu kurz (während diverse SpitzenpolitikerInnen ausführlich

zu Wort kamen). Diskussionen zu Berichten und Anträgen gab es keine - es war auch nicht wirklich Zeit dafür vorgesehen. Für den Tagesordnungspunkt "Berichte der Kommissionen und Diskussion" waren z.B. ganze 15 Minuten geplant.

## Plattform-Antrag angenommen

Beim 1. Bundesfachgruppentag der Bundesfachgruppe Multimedia und Informationsdienstleistungen in der Gewerkschaft GPF am 27. 3. fand ein Antrag, den AktivistInnen der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften eingebracht hatten, klare Zustimmung. Dieser wurde nun von der Fachgruppe an den GPF-Gewerkschaftstag gestellt und angenommen. Wir hätten uns natürlich eine breite Diskussion gewünscht. Aber die Tatsache, dass die GPF nun fordert, dass "alle Pläne zur Verlängerung des Arbeitstages zurückge-

wiesen werden", dass "GewerkschafterInnen Kampfmaßnahmen (...) organisieren müssen" und dass "keine GewerkschaftsvertreterIn in (...) einer öffentlichen Körperschaft Sozialabbau und Privatisierung zustimmen darf" ist gut. Die Anträge wurden angenommen und an den ÖGB-Bundesvorstand zugewiesen. Die Frage ist nun, wie sich die Mitglieder der GPF, die in die entsprechende Situation kommen, verhalten. Die Frage ist auch, wie der ÖGB-Bundesvorstand darauf reagiert.

Denn Papier ist geduldig - die Gewerkschaftsmitglieder aber immer weniger. Und das ist gut so!

## Die Anträge im Wortlaut:

Antrag I/3: "Keine Verlängerung von Arbeitszeiten und der Ladenöffnungszeiten, keine Aufweichung des Kündigungsschutzes für Lehrlinge. Der Gewerkschaftstag als

höchstes Gremium der GPF soll alle Pläne zur Verlängerung des Arbeitstages und der Ladenöffnungszeiten sowie die massive Aufweichung des Kündigungsschutzes für Lehrlinge zurückweisen.

Gewerkschafter/innen müssen Kampfmaßnahmen gegen alle diesbezüglichen Angriffe unterstützen und organisieren."

Antrag III/2: "Widerstand statt Zustimmung zum weiteren Abbau sozialer Errungenschaften Kein/e Gewerkschaftsvertreter/in darf in einem Parteigremium oder einer öffentlichen Körperschaft Sozialabbau und Privatisierung zustimmen.

Gewerkschafter/innen in Bezirks- oder Gemeinderäten, Landtagen und dem Nationalrat müssen gegen alle Maßnahmen stimmen, die zu Verschlechterungen für Arbeitnehmer/innen und Arbeitslose in Österreich und/oder auf internationaler Ebene führen."

## Ihr da oben, ...

### Deutsche Telekom-KollegInnen kämpfen

Die deutsche Telekom erwirtschaftete 2006 einen Überschuss von 3,9 Milliarden, will 32.000 Arbeitsplätze vernichten und 50.000 Arbeitsplätze durch die Bildung neuer Gesellschaften "ausgründen". Durch diese "Ausgründungen" drohen zehntausenden KollegInnen Gehaltseinbußen von bis zu 40 Prozent. Bis zu 16.000 Beschäftigte befinden sich deshalb Anfang Juni täglich im Streik. Obwohl lt. "Stern" 78 Prozent der Bevölkerung für den Arbeitskampf Verständnis haben, setzt das Management auf volle Konfrontation, sowie Streikbrecher und droht mit weiteren Verkäufen. Die deutsche Schwesterorganisation der SLP, die SAV, fordert für diesen - auch auf europäischer Ebene bedeutenden - Arbeitskampf den Vollstreik aller Beschäftigten unter Einbeziehung der BeamtInnen.

### Ein Reaktionär als Gewerkschafter?

Erst jüngst hat sich der ÖVP-Abgeordnete und GÖD-Vorsitzende Neugebauer wieder als das betätigt, was er ist: Ein reaktionärer Ständesvertreter einer winzigen Minderheit in der (LehrerInnen-)Beamtenenschaft. Nämlich als er die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres vehement ablehnte. Nun tritt er als Verteidiger der "schulffesten Stellen" auf, in deren Rahmen ein Teil der LehrerInnen und vor allem DirektorInnen einen besonderen Versetzungsschutz genießen. Doch selbst dieser "Kampf" wird (wieder einmal) nicht gewerkschaftlich geführt, nämlich mit Forderungen verknüpft, die vor allem die Arbeitssituation der tausenden Junglehrer verbessern, die im Grunde völlig rechtlos sind. Neugebauer kümmert sich weiter im Alleingang nur um "seine" Leute, spaltet die Belegschaften und entfremdet immer größere Teile im öffentlichen Dienst von der GÖD.

### Handel: Gewerkschaft für Verschlechterungen

Mit der Zustimmung zur (neuerlichen) Verlängerung der Öffnungszeiten drohen sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen von hunderten tausenden Handelsbediensteten weiter zu verschlechtern. Der Sozialpartner-"Kompromiss" sieht als "Ausgleich" lediglich "Kann"-Bestimmungen vor (so "kann" Arbeit nach 21 Uhr abgelehnt werden), die gerade in den vielen nahezu gewerkschaftsfreien Räumen des Einzelhandels wohl kaum eingehalten werden. Die GPA-DJP-Führung verstößt mit ihrer Zustimmung zu dieser Neuregelung v.a. gegen ihre eigenen Beschluslagen, die für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn eintreten.

GPF sagt: KeinE GewerkschaftsvertreterIn darf in einer öffentlichen Körperschaft Sozialabbau und Privatisierung zustimmen... Ein Bericht von der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.

... wir hier unten!



# Denn wofür lebt der Mensch?

von Franz Neuhold, SLP-Wien

Für viele Menschen hat heute so mancher Arbeitstag an die zehn oder sogar zwölf Stunden. Gleichzeitig müssen in Europa viele Millionen ihr Leben ohne Erwerbsarbeit fristen. Das Ringen um die Arbeitszeit und das Bestimmen über die eigene Lebenszeit ist neben jenem um Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für eine Mehrheit der Menschen in unserer Gesellschaft zentral. Der Kampf um den 8-Stunden Tag war vor über 100 Jahren ein Hauptpunkt in der Entstehung von ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsorganisationen zu einer Massenbewegung. Dieser Kampf um Arbeitszeitverkürzung (AZV) ist heute genauso aktuell wie damals.

## Dauerbrenner Arbeitszeitverkürzung

Menschliche Arbeit (körperliche wie geistige) ist die Grundlage für die Entwicklung all jener Produkte und Technologien, die das Leben und auch die Arbeitswelt vereinfachen bzw. vereinfachen könnten. Die Produktivität und ihre Steigerung haben im Lauf der letzten drei Jahrhunderte mehrere Perioden gewaltiger Dynamik erlebt. Doch unter den Bedingungen der kapitalistischen Profit-Wirtschaft wird nur ein kleiner Teil für die Menschen nutzbar und auch hier nur für eine sehr kleine Minderheit. Ebenso verhält es sich bei der Arbeitszeit: Die Einführung neuer Technologien und Maschinen ist das Ergebnis vorangegangener vernetzter gesellschaftlicher Arbeit. Dies wird im Kapitalismus jedoch nicht zum Anlass genommen, der Gesellschaft und ihrem größten Teil (der ArbeiterInnenklasse) dies durch eine Angleichung der Arbeitszeit nach unten gleichsam abzugelten. Warum? Dies würde die Profite abschneiden und aufgrund des Konkurrenzkampfs am "freien Markt" den Zusammenbruch bedeuten. Wir verstehen somit, dass die Unternehmen und ihre etablierte Politik gegen AZV sind. Und sie lügen wie gedruckt, um sie ihre wirklichen Interessen zu verschleiern.

## (Uralte-)Behauptungen gegen die Verkürzung der Arbeitszeit

*"Die Wirtschaft kann sich das nicht leisten."*

Was kann sich "die Wirtschaft" nicht leisten? Bei näherer Betrachtung wird klar, wer den Reichtum herstellt, den es gibt: nicht einige wenige ManagerInnen und Konzernchefs/innen. Sondern Millionen Beschäftigte in Industrie, Gewerbe und Dienstleistungssektor sorgen für das Funktionieren der Wirtschaft. Wie falsch das Argument, "die Wirtschaft kann sich das nicht leisten", ist, wird obendrein angesichts steigender Unternehmerprofite immer offensichtlicher. Der "World Investment Report 2006" der Österreichischen Nationalbank belegt vielfache Rekordgewinne österreichischer Unternehmen, vor allem im Ost-Geschäft. Auch historisch waren Arbeitszeitverkürzungen immer ein Auslöser für Technologieschübe.

*"Längere Arbeitszeiten und Flexibilisierung bringen Arbeitsplätze."*

Und die Erde ist eine Scheibe! Tatsächlich ist die Verstärkung des Arbeitsdrucks aus Unternehmens-Sicht dann leichter möglich, wenn draußen die Arbeitslosen schlangestehen. Die Erpressbarkeit der Beschäftigten nimmt zu. Langjährige und internationale Erfahrungen beweisen: Die "Flexibilisierungen" führen nur zu einer Umstrukturierung der Erwerbstätigenstruktur; weg von existenzsichernden Vollzeitjobs hin zu nicht-existenzsichernden Teilzeitjobs. Auch die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten hat nicht die versprochenen Arbeitsplätze geschaffen, im Gegenteil. Vor allem seit der "Arbeitszeitgesetznovelle 1997" hat sich sowohl in Industrie, als auch im Gewerbe und Dienstleistungssektor ein Trend durchgesetzt: Die "flexiblen" Arbeitszeitmodelle führen dazu, dass jene, die (noch) einen Job haben, mehr und intensiver schufteten müssen.

*"Es ist nicht genug Arbeit da."*

Quatsch! Tatsächlich ist nicht zuwenig, sondern zuviel Arbeit vorhanden:

- ▶ 17 % aller Beschäftigten leisten regelmäßig Überstunden.
- ▶ 11,3 % aller Beschäftigten haben Normalarbeitszeiten von über 40 Stunden, 5 % aller Beschäftigten sogar von über 60 Stunden pro Woche (Statistik Austria).
- ▶ In Österreich werden täglich 30 Mio. Arbeitsstunden unentgeltlich in der Familien- und Hausarbeit geleistet, 70% davon von Frauen.
- ▶ Viele Ressourcen liegen brach, die für eine gesellschaftliche Offensive im Bereich Wohnbau, erneuerbare Energieformen aber auch Pflege und Bildung nutzbar gemacht werden könnten, wenn es nicht um kapitalistischen Profit, sondern um die Interessen der Menschen ginge!

## Wofür lebt der Mensch?

"Geburt - Schule - Arbeit - Tod". Stellen Sie sich ihr Leben auch so vor? Hoffentlich nicht, denn das Leben kann tausend bessere und sinnstiftendere Betätigungsmöglichkeiten bieten. Arbeit wird im Kapitalismus zur Belastung, vor allem bei Vollzeit mit vielen Überstunden aber auch bei mehreren unsicheren "prekären" Jobs. Die Folgen sind ernst:

- ▶ Soziale & gesundheitliche Auswirkungen: Das Leben mit PartnerIn, Kindern, familiärem Umfeld sowie FreundInnen leidet stark. Dauerhafte Anspannungen können zum Bruch von Beziehungen, zu Gewalt und psychischen Problemen sowie zu Isolation führen. Zuviel und durch den Kapitalismus entfremdete Arbeit macht krank. Psychischer Stress bringt auch organische Schäden mit sich (z.B. Folgen von Schlafstörungen auf das Herz-Kreislauf-System).
- ▶ Politische Auswirkungen: Immer mehr Menschen können sich immer weniger mit politischen Entwicklungen auseinandersetzen oder sich aktiv einbringen - es fehlt an Zeit und Energie, wenn man von (weit) über 40-Stunden-Wochen erschöpft ist. Somit wird das Feld immer mehr jenen gestopften Bütteln der Unternehmens-Interessen überlassen, die alle auf der Grundlage neoliberaler Ideologie und Sparpolitik handeln.

Vom Fortschritt, den der Kapitalismus angeblich bringt, sieht die ArbeiterInnenklasse als Ganzes immer weniger; zumindest im Verhältnis zu den Möglichkeiten die es an sich gäbe das Leben der breiten Masse zu verbessern. Doch der tatsächlich vorhandene Fortschritt ist Ergebnis ihrer Arbeit. Wir meinen daher, dass der Kampf um AZV bei vollem Lohnausgleich (= entsprechende Anhebung der Stundenlöhne) auch vollkommen gerechtfertigt ist. Gleichzeitig ist es ein Anliegen, das in der Lage ist, breite Teile der "regulär" arbeitenden, prekären sowie erwerbslosen Bevölkerung (über verschiedene Barrieren von Herkunft, Geschlecht und Alter hinweg) zusammenzubringen.

## Das sozialistische Programm zur AZV: 30 Stunden bei vollem Lohn!

Ein Konzept zu haben (wie das einer AZV auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn und ein Mindestlohn von 1100.- netto) ist allein schon deshalb wichtig, um dem derzeitigen Trend der Arbeitszeitverlängerung auf bis zu 12 Stunden pro Tag ohne Überstundenzuschlag eine Alternative entgegenstellen zu können. In Verbindung mit Forderungen zur Lebensarbeitszeit sowie bezahlten Aus- und Weiterbildungszeiten kann so einer breiteren Öffentlichkeit gezeigt



Mensch gegen Maschine – ein Dauerbrenner im Kapitalismus

werden, dass letztlich nur sozialistische Politik eine Lebens-Perspektive bietet, die nicht in völliger Aufreibung und Überarbeitung bei gleichzeitig wachsender Angst vor Arbeitsplatzverlust und Armut endet. Denn nur das haben alle etablierten Parteien anzubieten, da sie sich auf dem Boden der kapitalistischen Interessen bewegen.

Arbeitszeitverkürzung muss bei vollem Lohnausgleich stattfinden. Andernfalls würde die Kurzarbeit zu gewaltigen Lohnverlusten bis zu einem Viertel des bisherigen Einkommens führen und diese Maßnahme würden somit kaum neue Jobs schaffen ("Ausgleich" über Überstunden). Schon allein um Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, ist es nötig, die vorhandene Arbeit auf alle aufzuteilen: Schon 1996 ging die GPA davon aus, dass in Österreich eine AZV auf 35 Stunden bis zu 250.000 Arbeitsplätze schaffen würde. Viele neue Jobs bedeuten mehr Einnahmen durch Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben. Eine Verschiebung weg von den Profiten hin zu höheren Löhnen würde vor allem den Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung heben und eine Steigerung der Nachfrage an Konsumgütern mit sich bringen. Es muss in "der Wirtschaft" doch darum gehen, dass die Mehrzahl der Menschen gut leben kann! Damit die Effekte einer AZV nicht durch Flexibilisierung zunichte gemacht werden, muss diese Maßnahme mit vollem Personalausgleich (= der Anstellung zusätzlicher Beschäftigter) und einem 6-Stundentag verbunden sein. Nur so wird verhindert, dass die Arbeit nicht einfach in weniger Zeit gequetscht und so der Druck erhöht wird.

- ▶ Nein zur Verlängerung der täglichen und wöchentlichen Normal- und Maximal-Arbeitszeit. Nein zu für die Beschäftigten nachteiligen Gleitzeitregelungen.
- ▶ Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- ▶ Mindestlohn von 1.100 Euro netto! Einführung der "gleitenden Lohnskala", der automatischen Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflation. Verhandelt wird nur über darüber hinaus gehende Erhöhungen.
- ▶ Für den 6-Stunden-Tag: Weil Flexibilisierung die positiven Effekte einer Arbeitszeitverkürzung beeinträchtigen bzw. aufheben kann.

▶ Verkürzung der Lebensarbeitszeit: Neben den gesundheitlichen Aspekten bringt das die Möglichkeit, die Erwerbsbiographie selbständiger zu gestalten.

▶ Gegen unnötige Sonn- und Feiertagsarbeit, gegen die weitere Liberalisierung der Öffnungszeiten, weil gemeinsames soziales Leben wichtiger ist als die Profite der Unternehmen.

▶ Abschaffung der Notstandshilfe und gleichzeitig unbefristeter Bezug eines Arbeitslosengeldes von 1.100 Euro netto.

▶ Ausdehnung der Behaltefrist am Arbeitsplatz nach der Karenzzeit mindestens so lange, bis Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht.

▶ Volle Überstundenbezahlung auch für Teilzeit; ab der ersten Stunde, die über der vereinbarten Wochenarbeitszeit liegt.

## Ist das realistisch?

All diese Forderungen können erreicht werden. Unrealistisch ist vielmehr, zu glauben, mit Angriffen auf ArbeitnehmerInnen die Probleme lösen zu können. Die "Möglichkeit" oder "Unmöglichkeit", diese Forderungen zu verwirklichen, ist eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen sozialen Gruppen und Klassen, die nur durch den gewerkschaftlichen und politischen Kampf gelöst werden kann. Es braucht kämpferische und demokratische Gewerkschaften sowie eine politische Kraft, die getragen von ArbeiterInnen und Erwerbslosen aktiv dafür mobilisiert.

Im Falle von erreichten Verbesserungen sind diese jedoch nicht automatisch von Dauer. Im Kapitalismus (vor allem in Zeiten von Krisen) wird der Druck der Herrschenden und Besitzenden wieder sehr stark werden, solche Verbesserungen zurückzunehmen. Wenn die dauerhafte Umsetzung solcher Forderungen und damit ein schönes Leben im Kapitalismus nicht möglich ist, dann muss man den Kapitalismus überwinden und eine andere Gesellschaft aufbauen. Die Ressourcen dafür wären weltweit vorhanden. Haben wir neben der Erwerbsarbeit mehr Zeit übrig, können wir uns auch leichter um die Erreichung solcher Zielsetzungen kümmern.



# Arbeitszeit ist Lebenszeit!

ÖGB & Arbeitszeitverkürzung: Forderung nach 35-Stunden-Woche nach 20 Jahren noch immer nicht umgesetzt

## Sollen wir jetzt noch länger arbeiten müssen?

von Sonja Grusch, SLP-Wien

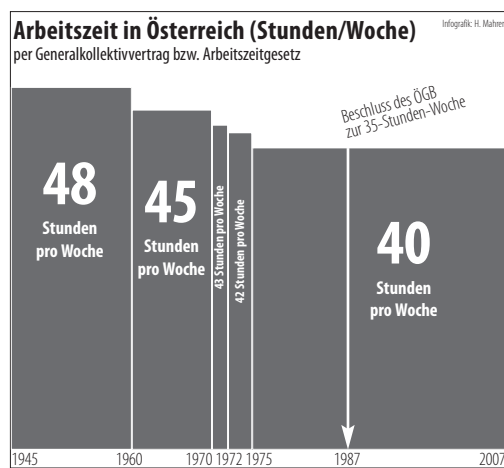
*“In den nächsten 4 Jahren wird es notwendig sein, die Arbeitszeitpolitik so fortzusetzen, daß die Ziele der sozialen Gerechtigkeit und des Schutzes verschiedener Arbeitnehmergruppen erreicht werden können. Allgemeingültige Regelungen über neue Normalarbeitszeiten auf Basis eines Generalkollektivvertrages (bzw. Gesetzes) mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche müssen angestrebt und verwirklicht werden.”*

Dieser Antrag wurde am 11. Kongress des ÖGB, der von 5.-9. Oktober 1987 tagte, einstimmig angenommen. Vier Jahre später - das wäre 1991 gewesen - hätten wir also die 35 Stundenwoche haben sollen. Tatsächlich ist die Arbeitszeit seit 1975 generell nicht mehr verkürzt worden. Zwar gibt es einerseits eine Reihe von Branchen, wo eine kürzere Arbeitszeit (z.B. 38,5 Stunden) kollektivvertraglich durchgesetzt wurde. Andererseits gibt es aber eine steigende Anzahl von Beschäftigten, die selbst von einer 40-Stunden Woche nur mehr träumen können. Denn sowohl die durchschnittliche Arbeitszeit, als auch die kollektivvertraglich mögliche tägliche und wöchentliche Höchstarbeitszeit steigt seit einigen Jahren wieder.

### Stillstand seit 30 Jahren

Von 1945 bis 1975 kam es zu Arbeitszeitverkürzungen von 48 auf 40 Stunden/Woche. Zusätzlich wurde der bezahlte Urlaub verlängert und es wurde eine Steigerung der Reallöhne durchgesetzt. Und das war keine Periode, wo die österreichische Wirtschaft an “Wettbewerbsfähigkeit” eingebüßt hätte (soviel nur zu dieser häufigen Lügen der UnternehmensvertreterInnen).

Aber seit Mitte der 1970er Jahre verläuft die Entwicklung in eine andere Richtung. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Verschlechterung und ihres staatstragenden und sozialpartnerschaftlichen Verständnisses hat sich der ÖGB in der Praxis von seiner Forderung nach Arbeitszeitverkürzung verabschiedet. Seit der Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre sind die Spielräume im Rahmen des Kapitalismus enger geworden. Oder anders gesagt: Der Kuchen ist kleiner – wer ein Stück davon will, muss härter darum kämpfen. Die neoliberale Offensive mit ihren Schlagwörtern “Flexibilisierung” und “Wettbewerbsfähigkeit” ist ein Ausdruck für diesen härter gewordenen Verteilungskampf. Der ÖGB hat sich selbst stets als staatstragende Organisation verstanden, die zum



Wohle der gesamten Wirtschaft agieren soll. Nach dem Motto “Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s uns allen gut” war die ÖGB-Politik stets (mehr als) maßvoll.

### Nichts gelernt

Die Arbeitszeitverkürzungen bis 1975 fanden mittels Generalkollektivvertrag für alle Beschäftigten statt. Seit 1975 hat der ÖGB auf branchenweise Arbeitszeitverkürzung gesetzt. Dies sei notwendig, um den Prozess an “die Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen anpassen zu können”. Zwar stellte der ÖGB selbst 1987 fest, dass diese Vorgehensweise zu einer Entsolidarisierung der Beschäftigten geführt hat und schwächere Beschäftigtengruppen dabei auf der Strecke bleiben, an der Praxis hat sich aber seither nichts geändert. Der Beschluss von 1987 wurde bis jetzt nicht umgesetzt. Es wurde ja noch nicht einmal ernsthaft versucht, ihn umzusetzen. Es gab keine große, kämpferische Kampagne für Arbeitszeitverkürzung, keine Streiks (wie z.B. in Deutschland), keine politische Bewegung, die der ÖGB initiiert hätte.

Für den ÖGB ist die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung theoretisch aufrecht (und wurde z.B. am 15. ÖGB-Kongress 2003 auch erneut

bekräftigt). Aber in der Praxis des ÖGB ist Arbeitszeitverkürzung kein Thema. Bei einer Veranstaltung der SLP zum Frauentag 2006, bei der es um Flexibilisierung und Arbeitslosigkeit ging, wurde das Verständnis der ÖGB-Führung zur Arbeitszeitverkürzung deutlich. Sylvia Ledwinka, die ÖGB-Bundesfrauensekretärin, meinte zur Frage von Arbeitszeitverkürzung es gäbe zwar eine aufrechte Beschlusslage des ÖGB zur 35-Stunden-Woche, aber “innerhalb des ÖGB keine Mehrheit dafür”.

### Verschlechterungen wird zugestimmt

Tatsächlich hat der ÖGB in den letzten Jahren einer Reihe von Verschlechterungen zugestimmt. Und zwar sowohl auf gesetzlicher Ebene als auch auf kollektivvertraglicher. Dies gilt für die Abschaffung des arbeitsfreien 8. Dezembers für Handelsangestellte ebenso wie für die Arbeitszeitgesetz-Novelle 1997 sowie die jüngste Sozialpartner-Einigung zur Arbeitszeit. Eigentlich läuft es dabei immer gleich ab: Die UnternehmensvertreterInnen behaupten, eine “Flexibilisierung” wäre nötig, um wettbewerbsfähig zu bleiben/werden. Die Gewerkschaft stimmt Verschlechterungen für die Beschäftigten “ausnahmsweise” zu, bzw. gesteht sie im Ausgleich zu Verbesserungen (die aber in der Praxis die Verschlechterungen nicht aufheben) zu. Außerdem erklärt die Gewerkschaftsführung immer, in der Praxis würde das alles “eh nicht so schlimm” kommen. Das Gegenteil ist der Fall: Ausnahmeregelungen werden zur Regel, bisher illegale Schlechterstellungen für Beschäftigte legalisiert. Oder wie es der ÖGB selbst in seinen Texten zum ÖGB-Kongress 2003 schreibt: “In der Praxis hat sich herausgestellt, dass die Verlängerung der Normalarbeitszeit bei Arbeitsbereitschaft (§ 5 AZG) in vielen Bereichen in Wirklichkeit eine Ausdehnung der ständigen normalen Arbeitszeit auf bis zu 60 Wochen- bzw. zwölf Tages- oder Nachtstunden bedeutet.”

## GewerkschafterInnen für Arbeitszeitkampagne

Bericht von der bundesweiten GewerkschaftsaktivistInnen-Konferenz, die am 19. Mai 2007 in Wien stattfand

von Michael Gehmacher, Gewerkschaftssprecher der SLP

Mehr als 60 KollegInnen aus verschiedenen Gewerkschaftsbereichen trafen sich am 19. Mai in Wien, um sich über den Aufbau einer kämpferischen Gewerkschaftsopposition und einen möglichen Widerstand gegen den Sozialraub der neuen Bundesregierung zu organisieren.

BetriebsrätInnen und aktive Gewerkschaftsmitglieder aus fünf Bundesländern beteiligten sich an den lebhaften Debatten. Aufgerufen hatte die neue “Initiative für einen kämpferischen und demokratischen ÖGB”

### Mobilisierung vor Arbeitsämtern und bei KV-Verhandlungen

Zur Bewerbung davor gab es eine Reihe gemeinsamer Aktionen der SLP und der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften. Unter dem Motto: “Gemeinsam gegen Sozialraub” wurden vor Arbeitsämtern, vor den Kollektivvertrags-Verhandlungen der Elektroindustrie und bei Gewerkschaftsveranstaltungen Kundgebungen organisiert. Besonders vor den Arbeitsämtern wurde der Unmut vieler KollegInnen deutlich.

Die Verschlechterungen im Sozialbudget, die Pflegemisere, niedrige KV-Abschlüsse und auch noch die Angriffe zum Thema Arbeitszeit, dass alles zeigt, wie wichtig es ist, dass sich er-

werbsarbeitlose Menschen und solche, die noch einen Job haben, gemeinsam wehren.

### Internationale Erfahrungen

Hauptteil am Vormittag der Konferenz bildete das Referat von Bernd Rixinger, Bezirkssekretär der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft “Verdi” in Stuttgart. Er berichtete von verschiedenen Streiks der letzten Jahre (Streik der Gemeindebediensteten in Baden-Württemberg, bei der Nürnberger Versicherung und bei der Telekom). Ein paar Kernaussagen seiner Einleitung haben auch für Österreich absolute Gültigkeit:

- 1) In den letzten Arbeitskämpfen waren “neue Schichten” besonders wichtig, etwa bei den Gemeindebediensteten die KindergärtnerInnen.
- 2) Die Arbeitskämpfe werden radikaler: So wurden etwa beim letzten Streik der Gemeindebediensteten, zur Verteidigung der 38-Stunden-Woche, die Müllverbrennungsanlagen blockiert, weil die Landesregierung private Firmen als StreikbrecherInnen gegen die streikende Müllabfuhr einsetzte.
- 3) Wenn Streiks demokratisch organisiert sind sind sie effizienter und stärker.
- 4) Die Menschen machen mit, wenn sie von vornherein spüren, “dass es um etwas geht”, “Dampfblase- und Alibiaktionen” werden eher boykottiert – egal ob von Gewerkschaften oder der Gewerkschaftslinken organisiert.

5) Eine “Gewerkschaftslinken” muss manchmal selbst mobilisieren und darf nicht auf die Gewerkschaftsbürokratie warten.

6) Es braucht eine neue politische Alternative – Bernd Rixinger ist Gründungsmitglied der WASG und in der neuen Linkspartei aktiv.

Inwieweit die jetzige Linkspartei in Deutschland eine solche Alternative darstellt, war Teil der hier kontroversen Debatte; auch die anderen Erfahrungen aus den Streiks wurden ausgewertet.

### Beschluss, Opposition auszuweiten

Am Nachmittag gab es Arbeitskreise zu Armut, Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit und “Wie sich wehren?”. Den Abschluss bildete eine Podiumsdebatte mit Barbara Blaha (ÖH, aus Protest gegen die Studiengebühren aus der SPÖ ausgetreten). Auch in dieser Diskussion wurde die Notwendigkeit eines gemeinsamen Widerstands betont. So beschloss die Konferenz gemeinsam am Aufbau einer klassenkämpferischen Opposition in- und außerhalb des ÖGB weiter zu machen. Immer mehr Menschen sehen das Versagen der Sozialpartnerschaft und suchen nach einer politischen Alternative im Kampf gegen Sozialraub. Eine Chance, die genutzt werden muss!

### Beschluss für aktive Kampagne

Die Konferenz einigte sich auch auf eine Kampagne gegen das Sozialpartnerübereinkommen

zum Thema Arbeitszeit. Eine “konstatierte Aktion” in Linz, Graz und Wien, noch im Juni soll den Auftakt dazu darstellen. Für einen Großteil der TeilnehmerInnen war die Konferenz ein voller Erfolg.

“Die Konferenz war sehr gut, es wurden viele wichtige Themen besprochen und die Leute waren sehr engagiert, daher war es schwierig alle wichtigen Themen unterzubringen. Das nächste Mal müssen wir uns halt etwas länger Zeit nehmen”, meinte etwa Gabi Bischinger, ehemalige Betriebsrätin in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Sie ist zur Zeit auf Jobsuche und in der Plattform aktiv. Der Aufbau einer kämpferischen Opposition ist am 19. Mai 2007 einen wichtigen Schritt weiter gekommen.

### TERMIN

Donnerstag, 14. Juni '07 um 19 Uhr, Wien

Die Initiative für einen kämpferischen und demokratischen ÖGB diskutiert zum Thema:

### Gemeinsam gegen Verschlechterungen bei der Arbeitszeit

Im Rahmen der Veranstaltung werden die weiteren Schritte der Arbeitszeitkampagne besprochen.

Amerlinghaus, Galerie im 1. Stock (7, Stiftgasse 8)



## Fortsetzung des Interviews von Seite 8: Sportklubfans unterstützen Kampagne gegen die AFP

**Wolfgang:** Wenn man sich gegen Rassismus ausspricht, kann man ja gegen die anderen Diskriminierungen ja auch nicht die Gassen halten. Sexismus ist da halt auch ein Thema. Rassismus wird in der Zwischenzeit auch von offiziellen Seiten als Problem angesehen, da gibt es auch einige Initiativen. Da kann ich es nicht verstehen, warum andere Diskriminierungen nicht thematisiert werden. Deshalb müssen wir da etwas machen. Unsere Aktionen gegen die Homophobie z. B. haben da große Wellen geschlagen und zu heftigen Diskussionen geführt.

**Vorwärts:** Bei den anderen Projekten ist das ja leider noch nicht der Fall, aber gegen Rassismus stellen sich in der Zwischenzeit ja auch die offiziellen Stellen.

**Wolfgang:** Die antirassistischen Bemühungen von offizieller Seite sind leider oft reine Imagearbeit. Da stehen wirtschaftliche Interessen dahinter, sonst wäre ihnen das Thema vermutlich egal. Sie haben auch jahrelang geleugnet, dass es überhaupt ein Problem mit Hooligans gibt.

**Franz:** Man muss sich darüber im Klaren sein, dass, wenn das Problem von Hooligans rund um den Fußball gelöst werden könnte, dass unsere Welt ja deshalb nicht friedvoller und gewaltfreier wäre. Das Problem der hohen Gewaltbereitschaft ist ein gesellschaftliches.

**Vorwärts:** Warum ist Gewalt aber gerade beim Fußball so präsent?

**Franz:** Die große Masse an Zuschauern bei Fußballspielen

bietet eine gute Möglichkeit, sich in dieser zu verstecken. Durch die hohe mediale Präsenz bietet Fußball auch die ideale Plattform. Fußball hat eine starke mediale Präsenz.

**Vorwärts:** Euer politisches Engagement ist für einen Fanclub recht außergewöhnlich.

**Wolfgang:** Ja, das ist es leider. Viele wollen bei solchen oder ähnlichen Vereinen die Politik "draußen" haben, um unter Umständen ihr zum Teil rechtes Gedankengut besser verstecken zu können. Vor allem können sie damit jegliche gesellschaftskritische Diskussion verhindern.

**Vorwärts:** Also, Politik ist etwas Anderes, als die Medien berichten?

**Wolfgang:** Jedes Mal, wenn zwei oder mehrere Menschen zusammenkommen um etwas gemeinsam zu tun, müssen sie sich zusammen sprechen, da läuft jede Sekunde Politik ab. Beim Fußball ist das ständig der Fall. Sowohl bei den Fans, aber auch in einer Mannschaft. Hier müssen ebenfalls unterschiedliche Positionen miteinander zusammenarbeiten um erfolgreich zu sein.

**Vorwärts:** Ich habe bemerkt, dass in Euren Verein auch eine Frau aktiv mitarbeitet. Wie ist das? Fühlst Du Dich in einen "Männersport" als Außenseiterin? Bist Du eine Einzelkämpferin, oder gibt es bei Euch mehrere Frauen?

**Elisabeth:** Bei uns auf der Friedhoftribüne gibt es einen relativ hohen Frauenanteil. Ich sehe mich somit nicht als Außenseiterin, aber man ist als



Elisabeth Vejchoda, Wolfgang Raml und Franz Jackel im Gespräch mit unserem AFP-Kampagnen-Verantwortlichen Herbert Wanko.

Frau auf einer Tribüne schon sehr oft mit Vorurteilen konfrontiert. Dass man aus sportlichem Interesse hinget, stößt oftmals auf Unglauben. Ich bin durch meinen Großvater zum Fußball gekommen. Hier beim Sportklub habe ich ein sehr angenehmes und vor allem gewaltfreies, tolerantes Umfeld vorgefunden. Die Leute kommen her um ein schönes Spiel zu sehen und um sich zu amüsieren. Deshalb gehe ich seit einigen Jahren regelmäßig zu den Matches und hatte letztes Jahr die wunderbare Option das Sekretariat des Sportklubs beruflich zu übernehmen, und somit mein Hobby zum Beruf zu machen. Dass kann manchmal stressig sein, weil die Grenzen Beruf und Freizeit durch die Gemeinsamkeit fließend sind. Allerdings ist dies für mich eine Arbeit mit der ich zu 100% mit dem Herzen dabei bin und überzeugt bin - und das ist etwas, was man glaube ich nicht so leicht findet.

**Vorwärts:** Frauenfußball tritt immer mehr in das öffentliche Interesse. Werden Frauen im Allgemeinen von den Fußballvereinen unterstützt?

**Elisabeth:** Leider nein. Es werden zwar Familien z.B. mit Ermäßigungen angesprochen

und bei den meisten Vereinen gibt es auch Damenermächtigung, das war es dann aber auch schon. Über Frauenfußball wird in den Medien in letzter Zeit etwas mehr berichtet, doch steckt dies in den Kinderschuhen. Gegenwärtig gibt es noch viele Klischees, wie zum Beispiel dass Frauen die Fußball spielen, automatisch homosexuell veranlagt sind. Und die meisten Mädchen beenden mit Beginn der Pubertät das Fußballspielen, weil es an separaten Trainingsräumen für Mädchen und an Trainern mangelt. Hier ist noch viel Bewusstseinsarbeit nötig.

**Vorwärts:** Ich finde es toll, Menschen mit solchen Engagement kennen gelernt zu haben und freue mich schon auf unsere Zusammenarbeit. Danke für das Gespräch.

**FreundInnen der Friedhoftribüne:** Die Freude liegt auf unserer Seite. Gemeinsam wird es uns gelingen, gegen Rechtsradikale und Neonazis Front zu machen. Dieses unmenschliche Gedankengut darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben!

Das Interview führte @harly Krumpfschmid.

## Die SLP baut in Hallein und Umgebung eine Alternative zum neoliberalen Einheitsbrei auf

von SLP Hallein

Viele haben Vorurteile gegen Jugendliche, die am Land wohnen. Die meisten halten es für unmöglich außerhalb der Großstädte eine sozialistische Organisation aufzubauen, die vor Ort gegen Rassismus, Sexismus, Sozialabbau und den Kapitalismus als solchen kämpft. Dass das sehr wohl möglich ist, beweist die SLP in Hallein und Umgebung.

**SLP seit 8. März in Hallein aktiv**

Am 8. März (zufälligerweise der 80. Jahrestag der russischen Februarrevolution), begann der Aufbau der SLP in Hallein. Wir hatten über unsere Homepage einige Jugendliche aus Hallein und Umgebung kennen gelernt, die mit der SLP gemeinsam gegen Sozialabbau und Rassismus kämpfen wollen.

Zu Beginn – nämlich am 8. März – kamen vier Leute zu dem Treffen, und es war klar, dass es möglich war eine große

Zahl von jungen Menschen zu mobilisieren und mit ihnen gemeinsam eine Alternative zum Neoliberalismus aufzubauen.

**Großes Interesse**

*„Ich bekam also einen Stapel Zeitungen in die Hand gedrückt und verkaufte sie in meiner Umgebung. Die Zeitung brachte mir viele positive Rückmeldungen ein. Die Artikel schienen den meisten sehr zu gefallen. Es war klar, dass wir vielen Menschen Antworten auf jene Fragen bieten konnten, welche die großen Medien nicht bieten konnten. Die Zeitung gab vielen die Möglichkeit ihre Wut und ihren Frust über die allgemeinen Zustände zu artikulieren.“*, so Andreas aus Hallein.

Es war also nur noch eine Frage der Zeit, bis es soweit war, dass die SLP ihr erstes größeres Treffen in Hallein abhielt. Viele, die die Zeitung gelesen hatten, kamen. Insgesamt zwölf Jugendliche. Das Thema war eine Vorstellung der SLP

und des CWI, verbunden mit der Frage, wie der Kapitalismus eigentlich funktioniert (gar nicht), warum wir Sozialismus brauchen (siehe diverse Artikel in der Zeitung) und wie wir da hin kommen (Revolution). Das Feedback der Leute war sehr positiv. Das veranlasste uns dazu, gleich den nächsten Termin auszumachen.

**Jeden Montag, 18<sup>30</sup>: SLP Hallein**

*„Seit diesem denkwürdigen Tag, haben wir ein regelmäßiges Treffen in Hallein, das jeden Montag um 18.30 Uhr im Halleiner ‚Lechenauers‘ abgehalten wird.“*, so Andreas. Ende April veranstaltete die SLP ein Seminar in Golling (nahe Hallein) mit den Themen: *Politische Ökonomie - wie funktioniert der Kapitalismus?*, *Anarchismus*, *Spanischer Bürgerkrieg* und *Klimawandel*. Am Abend wurde gefeiert... Unsere Erfolge im Aufbau zeigten sich auch am 1. Mai in Salzburg bei der Demonstration und dem anschließenden Fest, bei denen

die SLP mit ca. 15 Leuten vertreten war und über 170 Zeitungen verkaufte.

**Demo am 30. Juni in Hallein!**

Seither traten zwei weitere Jugendliche der SLP in Hallein bei – und es waren sicher nicht die letzten. Zur Zeit liegt unser Schwerpunkt auf der Kampagne gegen Sozialabbau und Rassismus. Am 30. Juni wird in Hallein eine Demo, die wir initiieren, stattfinden! In diesem Sinne: *„Vorwärts zum Aufbau einer echten Alternative gegen die Politik der herrschenden Parteien. Für eine starke SLP in Hallein, Salzburg ... und überall!“*

**SPENDEN**

**Unsere Arbeit kostet Geld.** Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

## SLP IN EIGENER SACHE

### Die SLP-Treffpunkte im Juni

**LINZ**

jeweils Montag, 18.00 Uhr,  
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

**NIEDERÖSTERREICH UND KÄRNTEN**

nicht regelmäßig, Infos unter 01/524 63 10 oder slp@slp.at

**SALZBURG**

Salzburg Stadt  
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,  
"Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

**Hallein**

jeweils Montag, 18.30 Uhr,  
"Lechenauers", Molnarplatz 16

**Radstadt**

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

**WIEN**

Jugend-Gruppe  
jeden Montag um 19 Uhr,  
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8, (U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

**SLP Wien-West**

jeden Mittwoch um 19 Uhr,  
Fünfhauser Stüberl, 15., Löhrigasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

**SLP Wien-Nord**

jeden Donnerstag um 18 Uhr,  
Piwnica, 20., Jägerstr. 38, (U6 Jägerstraße, U4 Friedensbrücke)

**SLP Wien-Süd**

jeden Montag um 19 Uhr,  
Bunte Kuh, 5., Ecke Zentagasse/Siebenbrunnengasse  
(U4 Pilgramgasse, S-Bahn Matzleinsdorfer Platz)

*In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.*



**VORWÄRTS** ist die Zeitung für  
Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

**VORWÄRTS** ist parteiisch: Immer für  
ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

**VORWÄRTS** ist unabhängig vom großen Geld,  
aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

**Abonnement bestellen:**

Tel.: 01/524 63 10  
oder EUR 18,00\* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!  
\*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00  
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

**www.slp.at**



*www.slp.at bringt Analysen zu  
aktuellen Themen und aktuelle Berichte  
von gewerkschaftlichen und politischen  
Aktionen aus aller Welt.  
Regelmäßig vorbeischaun lohnt sich!*





Neues aus dem CWI

Rechte Banden bedrohen SozialistInnen

**BOLIVIEN:** Im Departement Cochabamba, Bolivien, kam es in der letzten Zeit zu einer Zunahme staatlicher Repression gegen Linke, unter anderem auch gegen die dortige Gruppe des CWI. Die Herrschenden in Cochabamba und Santa Cruz drohen seit einiger Zeit Bolivien mit Abspaltung und BürgerInnen-Krieg, falls die Morales-Regierung ihren "sozialistischen" Kurs fortsetzen sollte. Rechtsextreme Schlägertrupps haben mehrere linke AktivistInnen und Gruppen attackiert. Das CWI hat bereits wichtige Schritte im Aufbau setzen können. Nun wurde ein Genosse, der aus den USA stammt, verhaftet. Gegen ihn wird am 5. Juni ein Prozeß mit der Abschiebung aus Bolivien als wahrscheinlichem Ergebnis geführt. Eine internationale Soli-Kampagne ist daher nötig. Musterbriefe unter [www.slp.at](http://www.slp.at).

Gutes Wahlergebnis für SozialistInnen trotz Mandatsverlust

**IRLAND:** Obwohl es ein sehr knappes Ergebnis war und 250 Zweitstimmen mehr für einen Sitz genügt hätten, musste der Parlamentsabgeordnete der Socialist Party, Joe Higgins, einen Rückschlag hinnehmen – er verlor seinen Sitz trotz eines ausgezeichneten Ergebnisses von 5.066 Stimmen (entspricht 15% der Stimmen in West-Dublin). Auch die Gemeinderätin der Socialist Party in Nord-Dublin, Clare Daly, der große Chancen auf einen Erfolg eingeräumt worden waren, verpasste nur knapp einen Sitz, trotz einer sehr intensiven und guten Kampagne – sie bekam 4.884 Stimmen (entspricht 9% der Stimmen in Nord-Dublin). Unter diesen Umständen waren die Erststimmen für die SP-Gemeinderäte Mick Murphy in Südwest-Dublin und Mick Barry in Cork ein beachtliches Ergebnis – Mick Murphy erhielt 1.580 Stimmen (3,8 Prozent) und Mick Barry 1.700 Stimmen (4%). In allen Bezirken in denen KandidatInnen der Socialist Party angetreten sind war die Unterstützung für die SP und ihre Arbeit tatsächlich größer als zuvor. Diese Unterstützung ist ein Vorgeschmack auf das Potential für eine sozialistische Kraft, wenn die wirtschaftliche Situation Menschen in aktive Opposition zur neuen Regierung der Unternehmen und Konzerne zwingt. Mehr Informationen in englischer Sprache auf [www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

[www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

Sieg der Konservativen bei Wahlen in Frankreich

Trotz sozialer Kämpfe gewinnt Sarkozy

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

*Frankreich ist heute jenes Land in Europa, in dem der Widerstand gegen die neoliberale Politik der herrschenden am stärksten ausgeprägt ist. Massenbewegungen, wie 2006 gegen das "CPE" (Contrat première embauche - ein neoliberales Gesetz, das den Kündigungsschutz junger ArbeiterInnen in den ersten zwei Dienstjahren abgeschafft hätte) und die EU-Verfassung 2005 brachten herausragende Erfolge für jene ArbeiterInnen und Jugendlichen, die sich an den Kämpfen beteiligten.*

Auch die Aufstände in den Banlieues, den Elendsvierteln am Rand der Großstädte, waren, trotz ihrer Beschränktheit, Ausdruck des Widerstandes gegen Rassismus und neoliberale Unterdrückung.

Nicolas Sarkozy

Der Mann, der als Kandidat der rechtskonservativen UMP hatte sich vor der Präsidentschaftswahl nie einer Wahl außerhalb seiner eigenen Partei gestellt. Als Innenminister in der Regierung Chirac tat er sich als Hardliner hervor, der den direkten Kampf gegen ArbeiterInnen und Jugendliche zum Programm erhob. So erregte er unter breiten Schichten Empörung, als er während den Unruhen in den Pariser Vorstädte kundtat, man müsse die Vorstädte "mit dem Hochdruckreiniger" von dem Gensind (= den Vorstadt-Jugendlichen) reinigen. In den Medien spricht Sarkozy relativ offen aus, was seine Freunde in den Chefetagen der Großkonzerne fordern. Abbau des Sozialstaates, Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten, Arbeitszeitverlängerung, Zurückdrängung der Gewerkschaften, Verschlechterungen beim Kündigungsschutz,... diese Liste lässt sich beliebig verlängern. Die Gefahr besteht nun aber darin, dass Sarkozy über diese Angriffe nicht nur spricht, sondern alles daran setzt sie in die Tat umzusetzen.



Segolène Royal

Segolène Royal (wörtlich übersetzt: "Sieg der Königlichen") vertrat als Kandidatin der PS, der französischen Sozialdemokratie, ein Programm, das wohl mehr an ihren (Nach-)Namen als an ein sozialistisches Programm erinnert. So überschritten sich viele Punkte, wie z.B. die Arbeitszeitverlängerung oder das "Ja" zu EU-Verfassung mit dem Wahlprogramm Sarkozys. Royal war nicht gewillt, während des gesamten Wahlkampfes auch nur ein Mal die brennenden sozialen Probleme, die es in Frankreich gibt zu behandeln. Anstatt der Arbeitslosenrate von über 10 Prozent die Idee der Arbeitszeitreduzierung bei vollem Lohn- und Personalausgleich entgegenzusetzen, dachte Royal laut über ein strengeres Einwanderungsgesetz nach. Die PS konzentrierte sich während des Wahlkampfes

vor allem auf die Frage der "Sicherheit". Heraus kam ein Programm, das sich von dem der UMP nur dadurch unterschied, dass die Angriffe auf ArbeiterInnen, MigrantInnen und Jugendliche schöner umschrieben waren.

Sarkozys Demagogie gewann

Viele ArbeiterInnen und junge Menschen sehen in Sarkozy eine große Bedrohung. Er ist der verhassteste Politiker unter den Jugendlichen der armen Vorstädte. Für viele ArbeiterInnen gilt Sarkozy als der Vertreter der Bosse. Die führte dazu, dass viele Menschen bei dem verzweifelten Versuch Sarkozys zu verhindern ihre Stimme für Royal abgaben, obwohl den meisten bewusst war, dass sie keine wirkliche Alternative zur herrschenden neoliberalen Politik darstellt. In der Stichwahl, die dann wie zu erwar-

ten zwischen Sarkozy und Royal ausgetragen wurde, siegte Sarkozy klar. Es gelang ihm im Gegensatz zu Royal durch geschickt eingesetzte demagogische Versprechungen und Umschreibungen seines Wahlprogramms viele Hoffnungen in einen höheren Lebensstandard und eine tatsächliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu wecken. Es ist klar, dass er diese wieder enttäuschen wird. Dann wird jedoch Sarkozy als eine noch isoliertere Gestalt dastehen, als die, die er jetzt schon ist.

Es regt sich Widerstand

Die Wahlen brachten allerdings auch über zwei Millionen Stimmen für die Kandidaten von LO (Arbeiterkampf) und LCR (Revolutionär-Kommunistische Liga), die beiden größten Parteien in Frankreichs revolutionärer Linke. Diese sind ein klares Zeichen dafür, dass sich viele Menschen nicht mehr mit dem neoliberalen Einheitsbrei von UMP und PS zufrieden geben wollen. Sie sind auf der Suche nach Alternativen, die auch den Kapitalismus grundsätzlich angreifen und ihm den Sozialismus als gesellschaftliches Modell ohne Ausbeutung und Unterdrückung entgegenstellen. Wenn Sarkozy sein Programm umsetzt - und das wird er zumindest versuchen - wird sich Widerstand regen...

USA und EU erkennen Wahl trotz Betrug an

Nigerias SozialistInnen kämpfen für sozialistische Alternative

von Lisa Wawra, SLP-Wien\*

Kurz nach den Wahlen in Nigeria, dem mit 140 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichsten Staat Afrikas, schrieben internationale JournalistInnen und Nachrichten von einer "gestohlenen Wahl". Die WahlhelferInnen sowie deren MitarbeiterInnen, PolizistInnen und WählerInnen wurden bestochen, die Wahlregister gefälscht und unbequeme Stimmzettel verschwanden einfach.

Offensichtlicher ist es wohl kaum möglich eine Wahl zu fälschen. Trotz alledem besaß die PDP (Peoples Democratic Party), die sich schon bei den letzten Wahlen durch Wahlbetrug die Mehrheit im Parlament sicherte, die Frechheit, sich als große Siegerin zu präsentieren.

Aber auch alle anderen großen Parteien betrieben in ihren Gebieten Wahlfälschung.

Keine Sanktionsdebatte

Es gab weder internationale Sanktionen gegen die Wahlfälscher, noch gegen die unrechtmäßigen politischen Führungspersonen des Landes. Das hat seinen guten

Grund. Denn die kriminellen Regenten des Landes sind gute Geschäftspartner, und solange sie die Bevölkerung unter Kontrolle halten, kann sich der Imperialismus nur darüber freuen. Nahezu die gesamten Einnahmen des Öl-Booms in Nigeria versickerten in den Taschen der grossen Konzerne und der politischen Eliten. Daher gibt es weder Geld für das Sozial- bzw. Gesundheitssystem noch Wohnbauförderungen: 70% der Bevölkerung leben an der Armutsgrenze.

Widerstand von "Unten"

In den Jahren 2002 bis 2005 gab es nicht weniger als sieben Generalstreiks die das Land erschütterten. Doch wurden diese nie durch eine Gewerkschaft oder ähnliche Organisation unterstützt und blieben dadurch erfolglos. Die LASSCO (Arbeiter- und Zivilgesellschafts-Koalition, eine Allianz von Gewerkschaften, politischen Gruppen und Menschenrechtsorganisationen) rief zu zwei Aktionstagen am 28. und 29. Mai auf; den Tagen, an denen der neue Präsident das Amt übernahm. Auch die DSM (CWI - Sektion

in Nigeria) die weitaus größte sozialistische Organisation des Landes, unterstützte diesen Aufruf. Wir treten aber in Nigeria nicht nur für eine neue Regierung ein, sondern auch dafür, die Mindestlöhne um 15% zu erhöhen. Unsere Forderungen sind:

- ▶ Die vollständige Annullierung des Wahlergebnisses.
- ▶ Eine sofortige Einberufung einer wirklich demokratischen und souveränen Nationalversammlung, welche die volle politische Macht erhält.

Wir sehen außerdem die Protesttage nur als Beginn von Aktionen und Streiks um die Regierung durch den Druck der Massen aus ihren Ämtern zu werfen.

Wir mobilisieren die ArbeiterInnen genauso wie die Jugendlichen und versuchen Aktionsgruppen im ganzen Land in Arbeitsstätten, sowie in Nachbarschaften und in Gemeinden zu organisieren. Doch auch wenn der neue Präsident trotzdem sein Amt antritt, so heißt das noch lange nicht, dass er es auch bis zu den nächsten Wahlen behält.



Der Ex-Präsident (Bild) sorgte mit Wahlbetrug für das gewünschte Ergebnis.

Wir werden auf jeden Fall versuchen weiter Druck aufzubauen und die Bevölkerung weiter animieren, gemeinsam für ein demokratisches, sozialistisches Nigeria zu kämpfen.

\* Der Artikel basiert auf Berichten unserer Schwesterorganisation in Nigeria. Weitere Infos unter: [www.socialistnigeria.org](http://www.socialistnigeria.org).

TERMIN

Mittwoch, 13. 6. '07, 19 Uhr

VERANSTALTUNG: *Demokratie? Die politische Entwicklung in Nigeria* Fünfhäuser Stüberl, 1150 Wien, Löhrstraße 13 (Nähe Westbahnhof)



# VORWÄRTS

## sozialistische zeitung

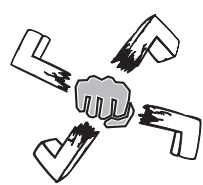
Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 165

Juni 2007

# Weg mit dem Nazi-Treff!



## Am 20. Juni: Demo und Veranstaltung gegen AFP-Heim in Wien-Ottakring

von Lila Ramharter,  
SLP-Wien

Die Zahl der rechtsextremen Übergriffe steigt immer weiter. Die Organisation ZARA zählte im letzten Jahr 1.504 rassistische Vorfälle – die Dunkelziffer liegt wohl weit höher. Erst Ende Mai wurde ein „ausländischer“ Kollege in Wien Simmering von einer Skinhead-Bande schwer verletzt. In Vorarlberg ist die Blood & Honour-Bewegung eine Gefahr. In Oberösterreich gibt es den Bund freier Jugend/Bfj. Auch die immer stärker werdenden Verbindungen nach Wien sind auffallend: So treffen sich Vertreter rechtsextremer Organisationen häufig im Fritz-Stüber-Heim im 16. Bezirk.

**Sind rechtsextreme Sprüche normal? Für uns nicht!**

Dennoch wird diese steigende Bedrohung von Medien und Regierung kaum wahrgenommen. Und noch schlimmer – das politische Establishment zeigt sich immer mehr abgestumpft: Sätze, die noch vor wenigen Jahren landesweite Empörung hervorgerufen hätten, prangen heute seelenruhig auf Plakaten der Freiheitlichen, die inzwischen – trotz weiterer Radikalisierung nach rechts unter Strache – als „normale“ Partei behandelt werden. Viel zuwenige stört sich mehr an rassistischen und fremdenfeindlichen Bemerkungen. Doch dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden.

**Was ist das AFP-Heim?**

Das nach einem Nazi-Schrift-

steller benannte Heim der AFP Wien ist ein sehr wichtiger Treffpunkt der rechtsextremen Szene. 1992 wurden im Stüber-Heim Waffen der sogenannten „Wehrsportgruppe Trenck“ gefunden. Auch der verurteilte Nationalsozialist Gottfried Küssel wurde im Stüber-Heim angetroffen. Es ist auch bekannt, dass sich die Blood & Honour-Szene dort formiert und Heimabende veranstaltet. Die Gefahr, die davon ausgeht ist leider nicht von der Hand zu weisen: Die immer häufigere Nutzung des Heims durch Schläger-Nazis, Waffenfunde bei Razzien und Kaderbildung sprechen da wohl für sich.

**Eigentlich sind Nazis ja verboten ...**

Trotzdem wurde von staatlicher Seite gegen dieses Heim noch nichts unternommen. Warum?

Die Verfassungsbestimmung von Wien 1955 verpflichtet Österreich, „aus dem österreichischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben alle Spuren des Nazismus zu entfernen, um alle rassistische und militaristische Tätigkeit und Propaganda in Österreich zu verhindern.“ Ausserdem untersagt der § 3 Verbotsgesetz jedem, sich für die NSDAP oder ihre Ziele zu betätigen. Eigentlich sollte da einer Schließung des Stüberheimes nichts mehr im Wege stehen! Tatsächlich zeigt sich immer wieder, dass erst von „Oben“ eingegriffen wird, wenn von „Unten“ gegen Rechts mobilisiert wird. So geschehen beim BFJ (Bund

freier Jugend) in Oberösterreich, wo die Polizei erst nach einer monatelangen Kampagne, die von der SLP maßgeblich mitgetragen wurde, handelte (Siehe auch Seite 2).

**Positive Reaktion der AnrainerInnen**

Wer die SLP bei der Aktion gegen das Stüber-Heim unterstützen will, ist jederzeit herzlich willkommen. Seit Wochen gehen wir durch die Koppstrasse – wo sich das Heim befindet – und informieren die Bevölkerung. Neben Einladungen zu Tee und Kaffee gab es jede Menge politische Zustimmung für uns. Eine AnrainerIn meinte etwa: „Endlich tut jemand was gegen den Schandfleck.“ Am 20. Juni um 17 Uhr findet, ausgehend von der U6-Station Thaliastraße, eine Demonstration für die Schließung des Stüber-Heims statt. Anschließend um 19 Uhr gibt es noch eine Informationsveranstaltung in der VHS-Ottakring am Ludo-Hartmann Platz 7.

### TERMINE

Mittwoch, 20. 6. '07, 17 Uhr

DEMONSTRATION:  
Weg mit dem Nazi-Zentrum!  
U6-Station Thaliastraße

Mittwoch, 20. 6. '07, 19 Uhr

INFO-VERANSTALTUNG:  
Weg mit dem Nazi-Zentrum!  
VHS Ottakring, 1160 Wien,  
Ludo-Hartmann-Platz 7,



Die FreundInnen der Friedhofstribüne in Aktion

## Sportklubfans unterstützen Kampagne gegen die AFP

Vor kurzem hat sich der Verein der FreundInnen der Friedhofstribüne unserer Kampagne gegen die AFP und das Stüberheim angeschlossen. Das Auffallende daran ist, dass es sich nicht um eine politische Gruppierung im engeren Sinn handelt, sondern um einen Fanklub des Wiener Sportklubs. Wie „unpolitisch“ dieser Verein ist, erfährst Du hier im Interview.

**Vorwärts:** Als ihr von unserer AFP-Kampagne gehört habt, habt Ihr dieses Thema sofort auf die Tagesordnung Eures nächsten Treffens gesetzt und Herbert gebeten, kurz über diese Aktion und das Fritz-Stüber-Heim zu berichten. Der Antrag, aktiv dabei mitzuarbeiten ist dann ohne wenn und aber einstimmig angenommen worden. Ich möchte mich im Namen aller

Beteiligten herzlich dafür bedanken.

**Wolfgang:** Da wir einer der ersten Fanclubs waren, die offensiv gegen rechtsradikale Agitation am Fußballplatz gearbeitet haben, sehen wir es als unsere Aufgabe, zu informieren und uns aktiv dagegenzustellen. Solche Umtriebe gefährden uns alle und wir müssen gemeinsam den Druck auf Politiker und Behörden verstärken, damit sie diesen Tendenzen Einhalt gebieten. Darauf warten, dass etwas geschieht, ist zu wenig. Da muss man selbst die Initiative ergreifen.

**Vorwärts:** Ihr macht Euch ja nicht nur gegen Rassismus stark, sondern engagiert Euch auch in vielen anderen Projekten.

Fortsetzung auf Seite 6

## Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten „Dritten Welt“, Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

## ► Mehr Programm!

Das Programm der  
Sozialistischen LinksPartei  
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) Web [www.slp.at](http://www.slp.at)